FriEnt-Team

FriEnt-Rundtisch diskutiert Stolpersteine bei den Reformen in Kenia

Kenia befindet sich in einem ambitionierten Reformprozess. Gemäß der neuen Verfassung, die im August 2010 per Referendum angenommen wurde, müssen innerhalb von 24 Monaten wesentliche Reformen umgesetzt und auf der Basis neuer Wahlgesetze und Verwaltungsstrukturen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt werden.

Am 12. Mai 2011 organisierte FriEnt einen Kenia Rundtisch in Berlin zur Frage, ob angesichts des Zeitdrucks die Verfassungsreformen beschleunigt oder die Wahlen verschoben werden müssen. Ziel war es, über den aktuellen Stand der Reformbemühungen zu informieren und Risiken von Fehlentwicklungen oder gar eines Scheiterns zu diskutieren. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, wie lokale zivilgesellschaftliche Gruppen und Kirchen sowie externe Akteure den Reformprozess unterstützen können. Drei Gäste aus Kenia, aus Zivilgesellschaft, staatlichen Organisationen und aus dem Kreis der internationalen Mediation waren eingeladen, ihre Einschätzungen vorzustellen.

Zu Beginn des Rundtisches schien es auf die Ausgangsfrage eine klare Antwort zu geben: Bei der Umsetzung der Verfassungsreform habe es zwar einige Verzögerungen gegeben, grundsätzlich sei man aber auf einem guten Weg. Die „Commission for the Implementation of the Constitution“ (CIC) geht davon aus, dass die rechtlichen Grundlagen zur Durchführung der Wahlen rechtzeitig etabliert werden und eine Verschiebung der Wahlen nicht notwendig sei.

Im Verlauf der Diskussion zeigte sich, dass der Fokus auf Zeitpläne von den eigentlichen Herausforderungen ablenkt. Zu den noch ausstehenden Reformschritten gehören unter anderem die Einsetzung einer neuen Wahlkommission, Kernelemente der Sicherheits- und Justizsektorreformen und die Besetzung der Richter des Obersten Gerichtshofs. Alle diese Bereiche sind bereits für die Vorbereitung der Wahlen von großer Bedeutung. So umfasst das Mandat der Wahlkommission auch die Festlegung der Grenzen der neuen dezentralen Verwaltungsstrukturen und die Aufstellung der Wählerregister.

Verzögerungen bei der Einsetzung von Kommissionen oder der Neubesetzung von Institutionen sind entstanden, weil das Parlament über die Kandidatenauswahl streitet, Kommissionen sich durch interne Rangeleien selber lahmlegen oder neu ernannte Funktionsträger nachträglich diskreditiert werden. Schon kurz nach der Verabschiedung der neuen Verfassung war klar, dass die Entscheidung über Detailfragen mühsam sein würde, betrafen sie doch Konfliktpunkte, die Kenia seit der Unabhängigkeit zunehmend spalten.

Inhalt

FriEnt-Team
FriEnt-Rundtisch diskutiert Stolpersteine bei den Reformen in Kenia 1

Mitgliedsorganisationen
Hbs: Die Macht des Volkes – die Arabische Welt in Aufruhr 2
EED: Kongo – Friedensarbeit im Wahljahr 4
EED: Blog zur Friedenskonvokation 5
ZIF: Briefing zu Libyen 5

10 Jahre FriEnt – Essayserie
Simon Duke: The EU and Conflict Prevention: a ten year assessment 6

FriEnt Tipps & Infos
Aufbruch in der Arabischen Welt – und Europa? Friedensgutachten 2011 9
Konferenz: Zivile Konfliktbearbeitung – Anspruch und Wirklichkeit 9
Neue Ausschreibungen im Rahmen des EU-Stabilitätsinstruments 10
Magazin der Bundesregierung informiert über zivile Krisenprävention 11

Mit der Verfassung war die Hoffnung verbunden, dass mit neuen Verfahren die Konfliktthemen endlich konstruktiv bearbeitet werden können. Nun ist Ernüchterung eingetreten. Die Auseinandersetzungen über Sachthemen der Reformprozesse werden von politischen Konflikten um die Besetzung von Positionen überlagert. Im Vordergrund steht also auch nicht die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen für die Bearbeitung heikler Themen, wie der Landfrage, in die entsprechenden Kommissionen aufgenommen werden sollten.

Wenn jedoch bis zu den Wahlen die zentralen Konfliktthemen nicht angesprochen werden und die Perspektive eines Lösungsweges aufgezeigt werden kann, besteht die große Sorge einer erneuten Gewalteskalation. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Sachthemen auch in der öffentlichen Diskussion nach hinten rücken, ist die Kontroverse um die aktuellen Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (ICC). Am 7. Mai 2011 begannen Voruntersuchungen gegen sechs Personen, die der Anstiftung zu Mord, Vergewaltigung, Vertreibung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Unruhen 2008 beschuldigt werden. Obwohl die öffentlichen Debatte in Kenia für das Ende der Straffreiheit plädiert und die Mehrheit der Bevölkerung die Übergabe der Verfahren an den ICC befürwortet, wird der Prozess zunehmend in ein anderes Licht gesetzt. Die kenianischen Gäste unterstrichen, dass sie diese Entwicklung mit großer Sorge betrachten. In den Medien wird der Vorwurf kolportiert, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht um Gerechtigkeit, sondern um politische Einflussnahme gehe. Als Beleg würde angeführt, dass unter den sechs Beschuldigten kein Angehöriger der Luo, der Ethnie des Ministerpräsidenten sei, dafür aber seine zwei Hauptrivalen, Uhuru Kenyatta und William Ruto beschuldigt und damit von der Kandidatur abgehalten werden.

Bei der Frage nach der potenziellen Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure und ihren Möglichkeiten, die wirklichen Sachthemen aufzugreifen, war die Reaktion deutlich: Werden diese Themen jetzt aufgegriffen, werden sie auch sofort politisch instrumentalisiert. Zurzeit gibt es kaum eine Chance, sie aus eigener Kraft heraus konstruktiv zu bearbeitet. Was nach Einschätzung kenianischer NRO notwendig ist, sind breite „civic education“ Programme. Da die deutschen Teilnehmer dieser Idee zunächst skeptisch gegenüber standen erläuterten die Gäste, die breit angelegten Programme müssten über die Zivilgesellschaft hinaus auch die politische Elite umfassen.

Die Zwischenbilanz dieses Rundtisches stimmt nachdenklich, der Zeitpunkt scheint gekommen, an dem auch deutsche und internationale Geber im Sinne von „early warning und action“ ihre Handlungsoptionen reflektieren und sich auf verschiedene Szenarien der Entwicklung in Kenia einstellen sollten. FriEnt wird die Entwicklungen in Kenia weiter begleiten und den Austausch über sensible Dynamiken sowie den Bedarf und Optionen externer Unterstützung im Kreis seiner Mitglieder unterstützen.

Weitere Informationen

Angelika Spelten, FriEnt
angelika.spelten@bmz.bund.de

Links & Literatur

IStGH-Vorladungen: Das Ende der Straffreiheit?
KAS | Länderbericht Kenia | 2011

Commission for the Implementation of the Constitution (CIC)

Independent Electoral and Boundaries Commission (IEBC)

Mitgliedsorganisationen

Hbs: Die Macht des Volkes – die Arabische Welt in Aufruhr

Anlässlich der derzeitigen Proteste und politischen Umwälzungen in der MENA Region erschien im April 2011 eine Sonderausgabe der „Perspectives Middle East“ der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie versammelt 39 Analysen, Meinungsbilder und Zeitzeugenberichte von Autorin-

nen und Autoren aus Ägypten, Algerien, Libanon, Libyen, Palästina, Syrien, Tunesien, Marokko und Jemen.

Die unter westlichen Demokratieförderern weit verbreitete Überzeugung, arabische Gesellschaften wären nicht „reif“ für Demokratie, wurde durch die jüngsten Ereignisse in der MENA Region historisch widerlegt. Der Ruf nach politischer Veränderung ging weder von politischen Parteien noch von religiösen Bewegungen aus, sondern von den Menschen, die ihren Protest auf die Straßen und Plätze trugen.

Die vorliegende Sonderausgabe der Perspectives Middle East geht somit folgenden zentralen Fragestellungen nach: (1) Wie kam es zu den Protesten? Welche Faktoren trugen dazu bei? (2) Wie konnten die Regime trotz des starken Legitimitätsverlustes so lang ihre Macht erhalten? Und letztlich (3) die Frage danach, wie es nun weitergeht? Führt der politische Wandel zu Demokratie und Verbesserung der Lebensbedingungen oder werden politische Reformen etwa durch ausbleibende sozio-ökonomische Verbesserungen gefährdet? Werden sich die Diktatoren in anderen Ländern mit Gewalt an der Macht halten können?

In sieben Kapiteln gehen die Autorinnen und Autoren diesen Fragen in verschiedenen Themenschwerpunkten nach. So werden politische Ideen und Ansätze aus den Ländern vorgestellt, mögliche Facetten einer politischen Kultur entwickelt oder die Rolle der Medien aufgezeigt. Neben sozio-ökonomischen Analysen wird für spezifische Länder die Frage diskutiert, ob Reformen ausreichend seien oder ob es eines revolutionären Ansatzes bedarf, der die bisherigen Regime abschafft, damit Neues entstehen kann. Im letzten Kapitel werden Fragen externer Interventionen und internationaler und nationaler Sicherheitspolitik behandelt.

Kapitel 6 befasst sich mit Fragen von Partizipation und Gerechtigkeit. In Interviews wird die Rolle verschiedener gesellschaftlicher Akteure in Transitional Justice Prozessen, die Beteiligung von Frauen an den Protest- und Demokratiebewegungen als auch die politischen Herausforderungen in den Übergangsprozessen herausgearbeitet. Magda Adly, ägyptische Ärztin und Menschenrechtlerin, beschreibt, wie viele junge Frauen an den Demonstrationen und Sit-ins teilgenommen haben. Wichtig erscheint, diese Beteiligung in die nun folgenden politischen Prozesse zu integrieren. So bedauert Hanan Rabbani von der Open Society Foundation, dass zwar während der Revolution in Tunesien Frauen eine sehr aktive Rolle bei den Protesten innehatten. In der Zeit danach wurden bisher jedoch nur zwei Frauen als Ministerinnen in der Übergangsregierung ernannt. In der ägyptischen Übergangsregierung findet sich lediglich eine Ministerin. Neben umfassenden Rechtsreformen sieht Hanan Rabbani in der geschlechtersensiblen Ausgestaltung des Transitional Justice Prozesses eine zentrale Bedingung für eine erfolgreiche demokratische Transformation und das Herstellen von Geschlechtergerechtigkeit.

Nizar Saghieh, Menschenrechtsanwalt und Mitbegründer von Legal Agenda in Beirut, beschreibt die Herausforderungen der Judikative in den arabischen Ländern: Durch die immense Macht der Exekutive bleibt ihr Einfluss sehr begrenzt. Richtern und Richterinnen wird oft die Rolle eines Gesetzesdieners zugeschrieben, aktive Gesetzesauslegung wird ihnen nicht zugestanden. Zudem sind sie durch fehlende Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt und können häufig nicht unabhängig agieren. In Ägypten und Tunesien wird es in den kommenden Wochen und Monaten also wichtig sein, dass die Judikative eine zentralere Rolle einfordert und sich zu einer unabhängigen und glaubwürdigen Autorität innerhalb der neuen Ordnung etabliert.

Weitere Informationen

Layla Al-Zubaidi, Hbs
boell@terr.net.lb

Links & Literatur

Perspectives #2 Mai 2011, Special Issue: People's Power - The Arab World in Revolt

Die Perspectives Middle East #2 wurden von den hbs Büros in Beirut und Ramallah herausgebracht.

EED: Kongo – Friedensarbeit im Wahljahr

In Goma, im Osten der Demokratischen Republik Kongo, trafen sich Mitte April 25 Vertreter von Partnerorganisationen und Friedensfachkräften aus verschiedenen Regionen der DR Kongo und Burundi. Themen des diesjährigen Netzwerktreffens Ziviler Friedensdienst (ZFD) waren die Friedensarbeit vor den Wahlen im Kongo, nationale und regionale Vernetzung, sowie die Wirkungsbeobachtung von Projekten. Organisiert und moderiert wurde das Treffen vom ZFD Begleitteam des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).

Am Anfang des Treffens stand zunächst eine gemeinschaftliche Umfeld- und Konfliktanalyse zur Beurteilung der aktuellen Lage in der DR Kongo. Vertreter der evangelischen und katholischen Kirchen im Kongo sowie Burundis, die Rektoren der evangelischen Universitäten in Goma und Bukavu, sowie verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft berichteten von ihren Erfahrungen in der aktuell angespannten Situation im Lande.

Gemeinsam entwickelten Sie anschließend Verhaltensregeln und Prinzipien für friedensfördernde Arbeit im Wahljahr 2011. Die Partnerorganisationen von EED und AGEH setzen sich darin für freie, transparente und gewaltlose Wahlen ein. Ihre Aufgabe sei es, die Stimmen der Menschen in ihren Regionen hörbar zu machen, so die Teilnehmenden der Partnerorganisationen.

In der DR Kongo stehen Ende 2011 erneut landesweite Wahlen an. Bereits jetzt werfen sie ihre Schatten voraus: In mehreren Provinzen (Nord und Süd Kivu, Ituri, Bas Congo und Katanga) terrorisieren bewaffnete Gruppen und die größtenteils unbezahlte kongolesische Armee und Polizei die Menschen vor Ort. Menschenrechtsverteidiger und Journalisten werden bedroht und teilweise umgebracht. Je näher die noch nicht festgelegten Termine für die Wahlen rücken, desto größer werde das Konfliktpotenzial einer jeden öffentlichen Veranstaltung.

Die Teilnehmenden berichteten, die Menschen im Kongo seien desillusioniert und verbittert. Trotz der Versprechungen des letzten Wahlkampfs habe sich ihre Lebenssituation zumeist verschlechtert. Gewalt und Verarmung haben zugenommen, die staatlichen Dienste funktionieren weiterhin kaum, sagt Murhega Mashanda vom „Réseau d'Innovation Organisationnelle" in Südkivu. Auch die leicht zu manipulierende jugendliche Bevölkerungsmehrheit im Kongo stellt ein großes Konfliktpotenzial dar, so Angèle Mazimi vom „Centre Régional d'Appui et de Formation pour le Développement" (CRAFOD) aus Kimpese und Micheline Mwendike von „HEAL Africa" aus Goma. Beide Organisationen arbeiten im großen Umfang mit Jugendlichen und sind daher mit deren Lage im Kongo bestens vertraut.

Die Friedensfachkräfte aus dem ZFD-Programm arbeiten auf vielfältige Weise integriert in den jeweiligen Partnerorganisation. Ihr fachlicher und persönlicher Beitrag wurde von allen Kollegen und Verantwortlichen aus der Region als konstruktiv und wesentlich bezeichnet. Im Rahmen der Begleitmaßnahmen wird großer Wert auf den Aufbau eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses gelegt, damit der Blick von außen, den sie einbringen, genutzt und geschätzt werden kann. Alle Teilnehmenden des Treffens haben für 2011, trotz der schwindenden internationalen Aufmerksamkeit für die Region der Großen Seen, die Notwendigkeit intensiver Arbeit, guter Vernetzung und auch ausreichender Mittel betont. Eine geplante Broschüre aus der Reihe „Building Peace – Construire la Paix" soll zudem zeitnah Erfahrungen und Beiträge der verschiedenen Partner aus der DR Kongo, Burundi, Sierra Leone, Liberia und Kamerun zum Thema „Friedensarbeit und Wahlen" zusammenfassen.

Weitere Informationen

Christiane Kayser, EED
christiane.kayser@gmail.com

Links & Literatur

Principles and rules for peace work in election times
Civil Peace Service Network in the DR Congo and Burundi | 2011

Congo: The Electoral Dilemma
ICG | Africa Report N°175 | May 2011

EED: Blog zur internationalen ökumenischen Friedenskonvokation

Mehr als 1.000 Delegierte aus allen Erdteilen versammelten sich vom 18. bis 25. Mai in Kingston zur „Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation“ (IöFK). Die über 300 Mitgliedskirchen des "Ökumenischen Rats der Kirchen" planten dort einen gemeinsamen "ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden". Zwei Mitarbeitende des Evangelischen Entwicklungsdiensts (EED) waren ebenfalls in der jamaikanischen Hauptstadt vor Ort und berichteten in einem Blog über die Friedenskonvokation.

Die IöFK sollte ein „Erntedankfest“ werden, um die Erfolge des Jahrzehnts zur Überwindung von Gewalt seit 2001 zu feiern. Gleichzeitig sollte das Treffen alle Menschen innerhalb und außerhalb der Kirchen ermutigen, ihr Engagement für Gewaltlosigkeit, Frieden und Gerechtigkeit zu erneuern. In dem EED-Blog werden insbesondere die Perspektiven der Delegierten aus Afrika, Asien, Lateinamerika oder dem Nahen Osten mit ihren Überlegungen zu einem weltweiten „gerechten Frieden“ widergespiegelt.

Die Konferenz endete mit der Abschlusserklärung „Ehre sei Gott und Frieden auf Erden“, die mit großem Beifall in der 2. Lesung angenommen wurde. Sie bedeutet den Abschluss einer ganzen Dekade, den Schlussakkord zu zehn Jahren weltweitem Einsatz von Kirchen für eine friedvollere Welt.

Weitere Informationen

Wolfgang Heinrich, EED
wolfgang.heinrich@eed.de

Jürgen Reichel, EED
juergen.reichel@eed.de

Links & Literatur

Jamaika FriedenBlog

Glory to God and Peace on Earth
The Message of the International Ecumenical Peace Convocation

ZIF: Policy Briefing zu Libyen

Seit Mitte der 1990er Jahre gab es immer wieder Debatten um militärische Kriseninterventionen und die deutsche (Nicht-)Beteiligung daran. Bei kaum einer herrscht jedoch eine derartige Kakophonie wie bei der Libyen-Intervention: quer durch die Bundestagsfraktionen, in der deutschen Gesellschaft, aber auch international, in UN, NATO und EU. Unterschiedliche Perspektiven, Werte und Interessen prallen aufeinander. Viele Diskussionsbeiträge konzentrieren sich dabei nur auf einen Aspekt. Eine verantwortliche Außenpolitik, die menschenrechtsorientierte Friedenspolitik sein will, muss aber eine nüchterne Abwägung zwischen allen relevanten Perspektiven leisten. Das neue ZIF Policy Briefing unternimmt einen Klärungsversuch, indem es Antworten auf drei Fragenkomplexe gibt.

Erstens: Wie steht es um Legalität und Legitimität der internationalen Intervention? Zweitens: Wie sind Erfolgschancen und Risiken zu bewerten? Und drittens: War das Vorgehen der Bundesregierung im Interesse kollektiver Sicherheit und bündnispolitischer Überlegungen?

Eine erhebliche Gefahr sieht der Autor darin, jetzt einen Tunnelblick auf die militärische Auseinandersetzung in Libyen zu entwickeln und darüber die politischen Anstrengungen zur Konfliktlösung in Libyen und die Transformationsprozesse in anderen arabischen Ländern aus den Augen zu verlieren.

Weitere Informationen

Winfried Nachtwei
winfried@nachtwei.de

Links & Literatur

Militärintervention in Libyen – Notwendigkeit, Legitimität, Risiken
Winfried Nachtwei | ZIF | 2011

FriEnt 10 Jahre 2011

– Essayserie –

FriEnt wird 10. Unser Jubiläum bietet die Gelegenheit, nach dem Stand und den Perspektiven entwicklungspolitischer Friedensarbeit zu suchen. In einer achtteiligen Essay-Serie zeigen daher namhafte Experten in ausgewählten Bereichen Potentiale und Herausforderungen auf. Neben den Fortschritten und „Baustellen" bei der Integration von Friedensförderung in klassische Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit – Bildung, Gesundheit und Land – stehen dabei der Blick auf die internationale Ebene, umfassende Ansätze sowie Transformations- und Demokratisierungsprozesse auf dem Programm. Von April bis November erscheint jeweils eine gekürzte Version in den FriEnt-Impulsen und wird auf der Webseite in der Langfassung veröffentlicht.

*Im zweiten Teil der Essay-Serie blickt Simon Duke vom European Institute of Public Administration auf die Fortschritte (und Rückschritte) der EU-Krisenpräventionspolitik in der letzten Dekade zurück und stellt die Potentiale und Herausforderungen nach den Strukturreformen auf EU-Ebene dar. Den zweiten und dritten Teil des Essays finden Sie **hier**.*

The EU and Conflict Prevention: a ten year assessment

This is a good moment to pause and reflect on the last ten years of conflict prevention (CP) and the European Union (EU). The period is bracketed by the lessons drawn from the traumatic events in the Western Balkans in the 1990s and especially the Kosovo war, instability and mass-killings in sub-Saharan Africa, the dramatic events of 9/11 and, more recently, the entry into force of the Lisbon Treaty. All of these events placed the onus on conflict prevention since the economic and political costs of crisis management, often U.S. led, were readily apparent. For the EU the Kosovo war was arguably the main catalyst that led to the adoption of a number of policy papers at the end of 2000 and the first half of 2001 that would frame the Union's subsequent approach to conflict prevention.

The main policy paper of relevance is the European Union Programme for the Prevention of Violent Conflicts, otherwise known as the Gothenburg Programme, adopted a decade ago and which should have been subject to review in 2011. It is primarily in this context that the current observations are offered. It should, however, be noted that this restricted time horizon does not encapsulate the entire experience of the EU and conflict prevention. Indeed, it has been argued that the EU itself is, by conception, fundamentally about conflict prevention.

A mixed score card

As we look back over a decade of the Gothenburg Programme the score card is mixed. On the positive side the programme has raised awareness of CP and, at least at the rhetorical level, engendered widespread support in the EU institutions and among the Member States to boost efforts to prevent conflict. The desire for an 'integrated' approach to CP has met with partial success in terms of conflict indicators being routinely considered in Country and Regional Strategy Papers for various parts of the world (with an emphasis upon the ACP countries). The Gothenburg Programme has also been bolstered by other policy documents, such as the December 2003 European Security Strategy, where it was observed that 'conflict prevention and threat prevention cannot start too early', the European Neighbourhood Policy (2004), the European Consensus on Development (2005), the EC communication on security and development (2007) and the EC Communication on situations of Fragility (2009) –

to name but a few. The weaknesses of the Gothenburg Programme which have become apparent over the last decade relate to the lack of specification about who should assume prime responsibility for CP and the lack of accountability for any failure to reach the goals specified in the document. Beyond the generalities of the programme itself, four more specific issues are worth noting.

2001: A crucial year for the EU and CP

Improving the Coherence and Effectiveness of European Union Action in the Field of Conflict Prevention
Joint Report of the Commission and of the Council of 30 November 2000

European Commission Communication of April 2001 concerning conflict prevention
COM (2001) 211 final

EU Programme for the Prevention of Violent Conflicts
Stockholm, June 2001, adopted at the European Council meeting 15-16 June 2001

First, one of the obvious challenges encountered, and not fully resolved, over the last decade has been the very meaning of CP in the EU context. It is, to use Michael Lund's term, a 'multifaceted action' that includes active/passive, long/short term, economic/legal/political/military, and internal/external, aspects. The expansive nature of CP led the Commission to suggest that 'all relevant institutions of the Union will mainstream conflict prevention within their areas of competence`. [EU Programme for the Prevention of Violent Conflicts, p.3]. Although driven by the European Commission, it was evident that CP should include 'second pillar' (the Common Foreign and Security Policy or CFSP) instruments as well. The expansive nature of CP has led to concerns on the one hand that it is too all-enveloping and is thus difficult to implement on a coherent basis and, on the other, it has also met criticism for not being expansive enough, most notably when it comes to gender sensitivity and awareness [See Cameron].

Second, the 'pillarization' of the EU proved to be a further hindrance. CP capacities were developed under the (former) Community guise, as well as in the European Security and Defence Policy (ESDP) context. Often these efforts were inadequately coordinated. The emphasis within ESDP, which emerged in 1998, but only really became operational in 2003 with its first mission, emphasized the military dimensions of crisis management (due, largely, to the EU's experiences in the Western Balkans) and only more recently were the civilian aspects of crisis management developed. This had one important knock-on effect for the development of CP. By definition effective CP assumes early warning and although the Commission was not bereft of early-warning sources (primarily the delegations), much of the more sensitive analysis of intelligence and open-source intelligence work was being done on the ESDP side to support crisis management. CP, like EU external action more generally, thus suffered from being largely responsive instead of pro-active. In those instances more proactive tools were developed, such as the Rapid Response Mechanism (RRM) or under its current guise the Instrument for Stability (IfS), they proved to be much in demand but essentially limited by funding and timeframe.

Policy Papers

European Security Strategy | 2003

European Neighbourhood Policy | 2004

European Consensus on Development | 2005

Council Conclusions on Security and Development | 2007

Communication: „Towards an EU response to situations of fragility" | 2007

Third, a further significant impediment lay within the Commission itself. The responsibility for developing CP lay primarily within Directorate-General (DG) External Relations (Relex) although many of the most potent tools lay beyond, especially in DG Trade, DG Development (Dev) and DG Enlargement. A conflict prevention and crisis management unit within DG Relex was given responsibility for coordinating CP efforts within the Commission, as well as for liaising with their CFSP counterparts. The unit managed, with some success, to 'main-

stream' CP concerns into Commission policies and, more importantly, into the programming instruments. Hence, CP was included as an integral aspect of the Commission's Country Strategy Papers as well as through specific instruments such as rule of law missions, support to civil society, security sector reform and many others. This success was, however, tempered by some more structural deficiencies within the EU. In particular, the ability to address longer-term policies aimed at addressing the fundamental causes of conflict were often compromised by the concentration on short-to-medium term goals early warning and crisis management mechanisms.

The most serious institutional deficiency from a CP perspective was the relationship between the Council, DG Relex and DG Dev. DG Relex traditionally paid attention to the geopolitical aspects of its external relations. The Council mirrored this outlook and, generally speaking, did not pay much attention to development-related issues. Yet, as noted, many of the longer-term instruments for addressing the causes of conflict were to be found in DG Dev and the European Aid Cooperation Office (AIDCO) where there was palpable resistance to any hint of 'politicizing' let alone 'securitizing' development policies, most notably by the ACP states themselves. The sensitivities surrounding the potential use of a small portion of the European Development Fund (EDF) funding to promote local solutions to local crisis, in the form of the €250 million African Peace Facility established on 19 April 2004, was symptomatic. So too was the dispute between the Commission and the Council regarding competences over Small Arms and Light Weapons (SALW) in the ECOWAS context that erupted at the end of 2004 [Judgment of the European Court of 20 May 2008]. The details of the case are beyond this review but it nevertheless sensitized all parties to pillar competences and to extant political and legal 'boundaries', thus making the pursuit of inherently inter-pillar policy areas, like CP, all the more difficult. It is also worth noting that the resources tagged for CP, not only in the APC context, have remained rather low both in financial and human resource terms.

Contact

Dr. Simon Duke, EIPA
s.duke@eipa.eu

Finally, the Gothenburg programme was clear that effective CP would involve the EU engaging with a wide variety of governmental and non-governmental actors. The UN was in this regard considered to be a 'key partner' of the EU in CP. The EU has developed extensive links with the UN in the CP context, although they require further bolstering. In normative terms the mutual support for CP was helpful for developing the 2003 and 2007 Declarations on Cooperation in Crisis Management [Joint Declaration on Cooperation in Crisis Management]. Notwithstanding the growing collaboration on crisis management, there is further work to be done on expanding EU-UN cooperation specifically on CP. Relations with other bodies, such as the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE) and the Council of Europe have also developed fairly rapidly during the last decade or so, but in both cases they are far less developed than in the EU-UN case.

The Lisbon Treaty: a game changer for conflict prevention?

The Lisbon Treaty introduces CP formally as part of the Petersberg Tasks, referring to the earlier tasks inherited by the EU from the Western European Union in the Amsterdam Treaty. CP is further integrated into the Common Security and Defence Policy (CSDP) – the revised name for ESDP – and is also referred to in the context of permanent structured cooperation. Other changes introduced by the Lisbon Treaty, such as the elaboration of the EU's aims and objectives in the wider world to include 'eradication of poverty and the protection of human rights', also strengthen the profile of CP in the EU's external action.

Continue reading...

Dr. Simon Duke arbeitet beim European Institute of Public Administration in Maastricht

FriEnt Tipps & Info

Aufbruch in der Arabischen Welt – und Europa? Friedensgutachten 2011

Das diesjährige Friedensgutachten stellt revolutionäre Umbrüche, Krieg und Intervention im arabischen Raum an den Anfang seiner Bilanz. Sie haben die europäische Politik überrascht. Was sagt das über Europa? Das Friedensgutachten 2011 fragt nach Ursachen und diskutiert Konsequenzen.

Der Zustand des Friedensprojekts Europa nach drei Jahren Wirtschafts- und Finanzkrise steht im Mittelpunkt des Jahrbuchs. Die Integration galt lange als die politische Errungenschaft im jahrhundertelang so kriegerischen Europa. Gilt das nicht mehr? Die Autorinnen und Autoren diskutieren Leerstellen und Zukunftschancen des europäischen Projekts. Globalisierung und Migration fordern die nationalstaatlich verfassten Gesellschaften Europas heraus. Sind sie der neuen Wirklichkeit gewachsen? Europa wirbt mit dem Geist seiner Vielfalt als Kern seiner Identität. Diese Vision steht auf dem Spiel, auch gegenüber den Nachbarn im Osten und Süden. Was muss geschehen, damit daraus nicht ein Europa der Ängste und Egoismen wird?

Zudem ziehen die herausgebenden Institute eine Bilanz der militärischen Interventionen in Afghanistan und in andere bewaffnete Konflikte oder humanitäre Katastrophen und untersuchen Rüstungstrends, Abrüstungschancen, die neue Strategie der NATO sowie die Reform der Bundeswehr.

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen untersuchen die internationale Konfliktrealität aus friedensstrategischer Perspektive. Auf ihre Analysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen. Sie zieht Bilanz, pointiert die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik in Deutschland und Europa.

Links & Literatur

Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen

Aktuelle Thesen aus dem Friedensgutachten 2011

Konferenz: Zivile Konfliktbearbeitung – Anspruch und Wirklichkeit

Am 28. und 29. April 2011 veranstaltete die Akademie für Konflikttransformation im forumZFD eine Konferenz zum Thema „Zivile Konfliktbearbeitung – Anspruch und Wirklichkeit“. Über 30 Referenten und 150 Teilnehmer aus Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Irland, Großbritannien, Norwegen, Serbien, der Schweiz, Uganda, der Ukraine und den USA diskutierten über die Grundannahmen und Paradigmen der zivilen Konfliktbearbeitung. Der Austausch zwischen Friedensforschung und Praxis stellte Bezüge zum Zivilen Friedensdienst (ZFD) her und fragte nach dessen Beiträgen zur zivilen Konflikttransformation.

Professor Nipkow (Tübingen) plädierte für die Menschenrechtsethik als Wegweiser des zivilen Friedensdienstes. Stella Sabiti (Afrikanische Union) illustrierte am Beispiel Uganda, wie Vertrauen zwischen früheren Kontrahenten wachsen kann. Dr. Steinar Bryn (Norwegen, Nansen Dialogue) berichtete von hartnäckig erwirkten Fortschritten beim Dialog zwischen früheren Kriegsgegnern auf dem Balkan. Dr. Andreas Wittkowsky (ZIF Berlin) legte die Schnittstellen zwischen ZFD und internationalen Missionen dar. Peter Woodrow (Collaborative for Development Action) fragte, wie Theorien des Wandels durch den ZFD überprüfbar sind. Geht es um Rechenschaftslegung, Lernen aus Fehlern oder um eine Überprüfung der Grundannahmen? Er warnte: der Aufwand für Evaluierungen muss vertretbar bleiben. Dr. Thania Paffenholz (Graduate Institute for of International and Development Studies, Genf)

argumentierte, dass die Messung von Wirksamkeit solider Konfliktanalysen, besonders von Machtverhältnissen, und expliziter Theorien des Wandels bedürfe.

Die angeregte Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU), Joachim Spatz (FDP), Paul Schäfer (Die Linke) und Winfried Nachtwei (Die Grünen) dokumentierte ein parteiübergreifendes Engagement, aber auch die Notwendigkeit, die Sichtbarkeit des ZFD zu erhöhen und ihn im Kontext aller Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung zu verorten. Nötig ist ein strategischer Austausch, der von den existierenden Foren zu wenig geleistet wird.

Die Konferenz intensivierte den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern und offenbarte die Desiderata künftiger Zusammenarbeit zwischen Friedensforschung und Friedenspraxis. Auch konnte die internationale Vernetzung der teilnehmenden Organisationen gestärkt werden. Die Konferenzbeiträge werden für Trainings der Akademie für Konflikttransformation genutzt. Ein begutachteter Sammelband wird ausgewählte Beiträge dokumentieren.

Weitere Informationen

Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Akademie für Konflikttransformation
heinemann-grueder@forumZFD.de

Neue Ausschreibungen im Rahmen des EU-Stabilitätsinstruments

Nach längerer Pause hat die Europäische Kommission wieder eine Runde von Ausschreibungen („Call for Proposals“) im Rahmen der langfristigen Komponente des Stabilitätsinstruments veröffentlicht. Bislang wurden vier „lokale Calls“ von den Delegationen in Nicaragua, Bolivien, Jemen und Pakistan ausgeschrieben. Antragsberechtigt sind lokale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Ausschreibungen richten sich noch nach dem Jahresaktionsprogramm 2010 der langfristigen Komponente des Stabilitätsinstruments. Die jeweiligen Calls setzen in diesem Rahmen eigene, länderspezifische Schwerpunkte. Insgesamt sind für die bisherigen Calls der Ausschreibungsrunde etwas über 5 Millionen Euro veranschlagt. Die Prioritäten sind:

(1.) Die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Kapazitäten im Bereich Mediation und Dialog, (Bolivien, Pakistan).

(2.) Die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, um partizipative Ansätze für „Peacebuilding“ und „Statebuilding“ zu entwickeln und diese in den EU-Ansatz zum Umgang mit Fragilität und Konflikt einzubringen (Pakistan).

(3.) Die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Kapazitäten im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit (Nicaragua, Jemen).

(4.) Die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Kapazitäten für die Förderung von „Menschlicher Sicherheit“(insbesondere Schutz vor Kleinwaffen, Landminen, etc.) (Nicaragua, Jemen).

Es wird in nächster Zukunft hingegen keine globalen Ausschreibungen geben. Die Kommission begründet dies mit fehlenden personellen Kapazitäten innerhalb der zuständigen Einheit. Darum wurden auch nur Delegationen für die jetzige Ausschreibungsrunde ausgewählt, denen die notwendigen Kapazitäten für das Verfahrensmanagement zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen

Marc Baxmann, FriEnt
marc.baxmann@bmz.bund.de

Links & Literatur

Weitere Informationen gibt es auf den jeweiligen Webseiten der EU-Delegationen in:

- Nicaragua
- Bolivien
- Jemen
- Pakistan

Magazin der Bundesregierung informiert über zivile Krisenprävention

Die Bundesregierung informiert im aktuellen Magazin für Europa und Internationales zum Schwerpunkt "Zivile Krisenprävention". Frieden lässt sich nicht einfach verordnen, sondern kann nur von allen Konfliktparteien und den betroffenen Bevölkerungsgruppen gemeinsam erreicht werden. Aber nicht nur Kriege von Staaten bedrohen den Frieden. Auch innerhalb von Staaten eskaliert die Gewalt. Besonders Frauen und Kinder leiden darunter. Bürgerkriege, Konflikte um Wasser, Weideland oder Rohstoffe reißen tiefe Wunden und geben Zündstoff für weitere Auseinandersetzungen. Friedenschaffende Maßnahmen helfen Gräben zu überwinden, wirken vorbeugend und konfliktmindernd. Deutschland ist einer der Akteure, die durch Prävention, Krisenfrüherkennung, Krisenbewältigung und -nachsorge Frieden für Entwicklung schaffen.

Links & Literatur

Magazin für Europa und Internationales (05/2011) | Schwerpunkt: Zivile Krisenprävention
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) | 2011

Mit folgenden Themen beschäftigt sich das Magazin:

- Von Wirkungen und Nebenwirkungen
- Polizeiaufbau und Friedensmissionen: Wichtige Bausteine ziviler Krisenprävention
- Gelebte Friedenspolitik - der Zivile Friedensdienst
- Die Rolle von Frauen in der zivilen Krisenprävention
- Zerrissene Familien - Offene Wunden schließen
- Keine Gewalt: Beispiele Ziviler Krisenprävention

Impressum

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o BMZ, Dahlmannstr. 4
53113 Bonn
Tel. +49-228-535-3259
Fax. +49-228-535-3799
frient@bmz.bund.de
www.frient.de

ISSN: 1861-8642

Redaktion: Marc Baxmann
Tel. +49-228-535-3447,
Marc.Baxmann@bmz.bund.de

V.i.S.d.P: Natascha Zupan

Die FriEnt-Impulse erscheinen monatlich. Ein kostenloses Abo kann per Formular auf der FriEnt-Website bestellt werden. Abmeldung bitte per E-Mail an frient@bmz.bund.de.

Die Inhalte der FriEnt-Impulse geben die Meinung des FriEnt-Teams bzw. der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitgliedsorganisationen wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.